
Die Europäische Union und die Bürgerinnen und Bürger: Stimmungsschwankungen oder handfeste Vertrauenskrise?

Wilhelm Knelangen

1 Die Bevölkerungen als politische Akteure des Integrationsprozesses

Wie die Bevölkerungen der Mitgliedschaft ihres eigenen Landes in der Europäischen Union (bzw. den Gemeinschaften) gegenüber stehen, ob sie den Prozess der Integration befürworten, skeptisch sehen oder ablehnen, welche Perspektiven die Bürgerinnen und Bürger mit der Einigung verbinden – diese Fragen waren für die sozialwissenschaftliche Europaforschung lange Zeit von nachgeordneter Bedeutung. Das heißt zwar nicht, dass zu diesen Themen keine Untersuchungen vorgelegt worden wären (Reif und Inglehart 1991). In die gängigen Theorien und Ansätze, die die Dynamik der Integration oder die Funktionsweise der europäischen Politik einzufangen versuchten, gingen die Bevölkerung und ihre Einstellungen jedoch nicht (oder allenfalls am Rande) ein. Für den Verlauf und die Ergebnisse des Einigungsprozesses wurden, je nach theoretischem Standpunkt, die Präferenzen der Mitgliedsstaaten und die Resultate der zwischenstaatlichen Verhandlungen (Intergouvernementalismus), der Einfluss mächtiger Interessengruppen und das Verhandlungsgeschick der Europäischen Kommission (Neofunktionalismus) oder auch die nicht beabsichtigten, aber gleichwohl wirksamen institutionellen Folgen einmal getroffener Entscheidungen, die den Handlungsspielraum der Akteure ein-

W. Knelangen (✉)

Institut für Sozialwissenschaften/Bereich Politikwissenschaft, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Westring 400, 24098 Kiel, Deutschland

E-Mail: wknelangen@politik.uni-kiel.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

M. Oberle (Hrsg.), *Die Europäische Union erfolgreich vermitteln*,

DOI 10.1007/978-3-658-06817-2_2

schränken (Neoinstitutionalismus), verantwortlich gemacht (dazu umfassend Biebling und Lerch 2012). Diesen Ansätzen war gemeinsam, dass sie die EU als ein von den politischen sowie ökonomischen Eliten angestoßenes und getragenes Projekt verstanden, in dem das „Volk“ – von den seltenen Ausnahmen der Abstimmungen über den Beitritt abgesehen – keine eigenständige Rolle spielte (Neyer 2007). Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und der EU wurde vielmehr durch das von Lindberg und Scheingold (1970) geprägte Wort vom „*permissive consensus*“ beschrieben. Die Bürgerinnen und Bürgern sehen sich nach dieser Vorstellung durch den Integrationsprozess nicht unmittelbar betroffen und begegnen der Gemeinschaft (bzw. der Union) zwar ohne Enthusiasmus, aber mit grundsätzlichem Wohlwollen.

Wenngleich die Einstellungen zur Integration im Zeitverlauf einigen Schwankungen unterlagen, fand diese Sichtweise auf der Grundlage von Meinungsumfragen bis weit in die späten 1980er Jahre hinein durchaus empirische Bestätigung (Niedermayer 1995). Die Regierungen, so die Konsequenz der These vom „*permissive consensus*“, mussten die Bevölkerungen bei ihren Entscheidungen über die politische und ökonomische Entwicklung der EU nicht einbeziehen, weil sie auf ihre generelle Akzeptanz zählen konnten. Im Gegensatz dazu gilt das Verhältnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits und den politisch-ökonomischen Eliten andererseits seit einigen Jahren als gestört (Haller 2009; Weske 2011). Dafür lassen sich mehrere Indikatoren benennen. *Erstens* befindet sich die Beteiligung bei Wahlen zum Europäischen Parlament auf einem sehr niedrigen Niveau, zuletzt (2014) lag sie – der durch den Lissaboner Vertrag noch einmal deutlich verbesserten Kompetenzausstattung zum Trotz – nur noch bei 42,5 %, in einigen Mitgliedstaaten wie der Slowakei (13), Tschechien (18,2) oder Polen (23,8) deutlich darunter. *Zweitens* haben die Bevölkerungen die Ratifikation des Maastrichter Vertrags 1992 in Dänemark, des Nizza-Vertrags 2001 in Irland, des Verfassungsvertrags 2005 in Frankreich und den Niederlanden sowie des Lissaboner Vertrags 2008 in Irland verweigert – komplizierte Nachverhandlungen oder, im Falle des Verfassungsvertrages, das Scheitern von ambitionierten Vorhaben waren die Folge. Ähnliches gilt für die Einführung der gemeinsamen Währung Euro, die durch Volksabstimmungen in Dänemark (2000) und Schweden (2003) verworfen wurde (Hobolt 2009). *Drittens* haben politische Parteien mit einer mehr oder minder ausgeprägten euroskeptischen Programmatik in den vergangenen Jahren bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, aber auch bei nationalen Wahlen erheblich an Stimmen gewonnen (Hartleb 2011). Auch in Deutschland, das in dieser Hinsicht lange als Ausnahme galt, schaffte die „Alternative für Deutschland“ den Einzug in das Europäische Parlament mit 7,1 % und zog danach in mehrere Landtage ein. *Viertens* ist die EU regelmäßig Gegenstand öffentlichen Protests (Uba und Ugl

2011) – beispielsweise im Rahmen von globalisierungskritischen Demonstrationen wie beim Europäischen Rat von Göteborg 2001, vor allem aber bei den massiven Protesten und Streiks gegen die Sparvorgaben und das Krisenmanagement der EU in Griechenland und Spanien. *Fünftens* schließlich kann in Meinungsumfragen eine deutliche Abnahme der Unterstützung der EU und ihrer Politik festgestellt werden. Was sich bereits seit der „Post-Maastricht-Krise“ abzeichnete, hat sich in der Euro-Krise noch einmal verschärft: die Zustimmung der Bevölkerungen nimmt deutlich ab (Eichenberg und Dalton 2007; Knelangen 2012).

2 Europäische Politik im Schatten der öffentlichen Meinung

Die Skepsis der Bürgerinnen und Bürger ist für die Stabilität und die Zukunftsperspektiven der EU nicht ohne Belang. Ein politisches System, und hier macht die EU keine Ausnahme, ist auf Unterstützung durch die Bevölkerung angewiesen. Die Unterstützung kann sich – in der Sprache der politikwissenschaftlichen Systemtheorie von Easton (1965) – auf unterschiedliche Ebenen beziehen: die *political community* als grundlegende, durch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit verbundene politische Gemeinschaft, das *political regime* als die politische Ordnung mit ihren konstitutiven Regeln, Normen und Verfahren sowie die *political authorities* als die Ebene der politischen Amtsträger. Nach Easton kann bei der Unterstützung zwischen zwei Dimensionen differenziert werden. Mit dem *diffuse support* ist die allgemeine, längerfristige und von konkreten politischen Entscheidungen (jedenfalls erst einmal) unabhängige Unterstützung gemeint, wohingegen der *specific support* sich auf die tatsächlichen Ergebnisse bzw. auf die Performanz des politischen Prozesses richtet und daher eher kurz- bis mittelfristig orientiert ist. Für die Bestandsfähigkeit des politischen Systems ist die diffuse Unterstützung von ausschlaggebender Bedeutung, denn hier geht es um die generelle Akzeptanz, die auch über die in der Regel schwankende spezifische Unterstützung hinaus erhaben ist.

Das Modell von Easton ist in der vergleichenden Forschung zur politischen Kultur und zu politischen Einstellungen immer wieder aufgegriffen worden, wenngleich es an zwei entscheidenden Stellen undeutlich geblieben ist: In welcher Weise eine mangelnde spezifische Unterstützung in einen Verlust an diffuser Unterstützung umschlagen kann, ist in der empirischen Forschung ebenso offen geblieben wie die Frage, welches Maß an diffuser Unterstützung notwendig für die Stabilität eines Systems ist. Auch für die EU lassen sich diese Probleme nicht einfach lösen, zumal hier die Unterstützung wesentlich durch die politischen Systeme der Mitgliedstaaten „kanalisiert“ wird. Offenkundig ist aber, dass der Einstellungswandel nicht ohne Konsequenzen für die europäische Politik geblieben ist. Die

Bürgerinnen und Bürger betrachten die EU und ihr Politikmodell nicht mehr aus einer wohlwollenden Distanz, sondern beobachten die Brüsseler Entscheidungen und ihre Auswirkungen auf ihre persönliche Situation mit größerer Aufmerksamkeit als zuvor. Aus dem ehemals diagnostizierten „*permissive consensus*“ scheint sogar ein „*constraining dissensus*“ (Hooghe und Marks 2009) geworden zu sein. Die Zukunft der Integration hängt nicht mehr allein von den politischen Interessen der Regierungen oder den Aussichten auf Effizienzgewinne und ökonomischen Vorteil ab, sondern die kritischer gewordenen Einstellungen der Bevölkerungen zur EU bestimmen – ob direkt oder vermittelt über den Interessenausgleich in den nationalen politischen Systemen – zusehends den Handlungsspielraum der Entscheidungsträger.

Das gilt zunächst für die Ebene der konstitutionellen Entwicklung. Die EU bedarf auch künftig der Zustimmung der Bevölkerungen, wenn es darum geht, die vertraglichen Grundlagen neu zu fassen. In Irland muss das Volk zu jeder Vertragsänderung gefragt werden. In anderen Mitgliedstaaten ist das Votum der Bürgerinnen und Bürger meistens dann eingeholt worden, wenn Regierung und Parlament den Bedarf einer zusätzlichen Legitimation durch das Volk anerkannten und zugleich von einer Zustimmung ausgingen – die kann aber immer weniger als gesichert angenommen werden (Startin und Krouwel 2013). Die Regierungen reagieren auf diese Entwicklung, indem sie bei der Reform der europäischen Institutionen solche Lösungen bevorzugen, die keiner Ratifikation bedürfen. Aber auch in der täglichen EU-Politik sind die Handlungsspielräume der politischen und ökonomischen Eliten durch das skeptischer gewordene „Publikum“ eingeschränkt. Es hat nicht nur die Zahl der in Brüssel bearbeiteten Politikfelder deutlich zugenommen, sondern dort kann auch zunehmend mit qualifizierter Mehrheit – und damit gegen einzelne Staaten – abgestimmt werden. Der Legitimations- und damit der Begründungsbedarf haben aber vor allem zugenommen, weil die europäische Politik immer sichtbarer das alltägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger beeinflusst. Die Brüsseler Themen und Projekte werden zusehends als das wahrgenommen, was sie – bei Lichte gesehen – seit jeher waren: als „politische“ Themen und Projekte, an denen sich eine kontroverse Debatte entlang unterschiedlicher Konfliktlinien entzünden kann und zu denen sich die politischen Parteien strategisch positionieren (zur These von der „Politisierung“ Europas siehe Wilde und Zürn 2012). Die Bürgerinnen und Bürger beurteilen die Leistung ihrer Regierungen nicht zuletzt danach, welche Positionen sie in Brüssel vertreten und welche Ergebnisse sie dort erreicht (bzw. verhindert) haben. Deshalb wird auch der nationale Parteienwettbewerb stärker als in der Vergangenheit durch die Positionierung zur EU strukturiert. Europäische Politik findet insoweit mehr denn je im Schatten einer euroskeptischer gewordenen öffentlichen Meinung statt. Die Entscheidungsträger

spielen an zwei Tischen – dem europäischen und dem heimischen (dazu schon Bulmer 1983). Namentlich die Eurokrise droht die alte Lehre, wonach Erfolge „in Europa“ instrumentalisiert werden können, um von innenpolitischen Schwächen abzulenken, in ihr Gegenteil zu verkehren – die notorisch schwer vermittelbaren Kompromisse oder unpopuläre Entscheidungen auf Ebene der EU sind durchaus geeignet, innenpolitische Erfolge zu überdecken und den Wahlerfolg zu gefährden (so schon Pappi und Thurner 2000).

3 Quellen der Europaskepsis und der Europaunterstützung

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion sind zur Kennzeichnung von kritischen Einstellungen der Menschen zur EU die Konzepte der „Euroskepsis“ bzw. des „Euroskeptizismus“ entwickelt worden (Szczerbiak und Taggart 2008; Fuchs et al. 2009). In Anlehnung an die Unterscheidung zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung wurde dabei früh eine Differenzierung zwischen einem „weichen“ und einem „harten“ Euroskeptizismus vorgeschlagen. Ersterer meint lediglich eine Kritik einzelner Politiken oder Erscheinungsformen der EU, letzterer hingegen eine generelle Ablehnung des gesamten politischen und ökonomischen Integrationsprojektes (Taggart und Szczerbiak 2002, S. 7). Auch wenn jüngere Arbeiten zum Teil eine andere Terminologie verwenden, hat sich diese Differenzierung im Prinzip bewährt, so etwa im Fall der von Weißels bevorzugten Unterscheidung zwischen einer fundamentalen und einer konstruktiven EU-Skepsis: „Während die fundamentalen Skeptiker nicht nur die Funktionsweise der EU kritisieren, sondern ihr auch grundsätzlich als politischer Gemeinschaft ablehnend gegenüber stehen, richtet sich die von den ‚konstruktiven‘ Skeptikern geäußerte Kritik ausschließlich auf die Funktionsweise, wohingegen die EU als politische Gemeinschaft prinzipiell positiv gesehen und unterstützt wird“ (Weißels 2009, S. 66). Für die empirische Forschung ist es dabei ein bislang nicht befriedigend gelöstes Problem geblieben, die Grenze zwischen den beiden groben Formen der Euroskepsis präzise zu taxieren. Wie beim Eastonschen Modell hängt auch hier die Antwort auf diese Frage nicht zuletzt davon ab, wie hoch der Legitimationsbedarf bzw. die Zustimmungsbefähigung der EU und ihrer Politiken veranschlagt wird und wie vor diesem Hintergrund die kritischen Positionen theoretisch verortet werden (Nullmeier et al. 2010, S. 187 ff.).

Worauf die Unterstützung bzw. die Ablehnung der EU zurückzuführen ist, wird innerhalb der sozialwissenschaftlichen Integrationsforschung kontrovers diskutiert (mit zahlreichen weiteren Nachweisen Hooghe und Marks 2005; Gaxie 2011; Tiemann et al. 2011, S. 33 ff.). Traditionell einflussreich waren zum Ersten die

Ansätze, die die Zustimmung zur EU als eine Art Nutzenfunktion zu beschreiben versuchen (Tiemann 2008). Danach hängt die Einstellung maßgeblich von den Vorteilen ab, die die Mitgliedschaft des eigenen Landes mit sich bringt. Je größer das positive Saldo zwischen Kosten und Nutzen ausfällt, desto größer wird in dieser Sicht die Neigung zur Unterstützung sein. Unklar ist allerdings geblieben, ob es sich dabei um eine individuelle oder eine kollektive Kalkulation handelt: Ist der eigene Nutzen entscheidend oder sind es die Vorteile für die Volkswirtschaft? Die Operationalisierung des Faktors „Nutzen“ wird weiterhin dadurch erschwert, dass zwischen dem wahrgenommenen und dem empirisch messbaren Vorteil durchaus ein Unterschied bestehen kann – was aber ist für die Einstellung maßgeblich? Geht es schließlich um den vergangenen, den aktuellen oder den künftigen Nutzen?

Ähnliche Probleme der Operationalisierung zeigen sich bei einer zweiten Gruppe von Arbeiten, die die Bedeutung von kulturellen Faktoren in den Vordergrund gerückt haben. Diese Sichtweise hat vor allem seit der „Post-Maastricht-Krise“ an Überzeugungskraft gewonnen, weil sich die Zunahme euroskeptischer Positionen nicht allein mit utilitaristischen Argumenten und sozioökonomischen Parametern erklären ließ. Über die Zustimmung zur EU entscheidet nach dieser Perspektive primär die wahrgenommene Vereinbarkeit des Integrationsprozesses mit der eigenen (nationalen) Werteordnung. Je stärker die europäische Politik als eine Bedrohung nationaler Identität, Kultur und demokratischer Standards wahrgenommen wird, desto stärker die Neigung zur Ablehnung der EU (McLaren 2002). Welche Indikatoren sich eignen, um ein entsprechendes Bedrohungsgefühl zu messen, ist allerdings umstritten. Eine dritte Sichtweise rückt schließlich die grundlegenden politischen Orientierungen und die politische Praxis in den Mitgliedstaaten in den Vordergrund. Für die Einstellungen zur EU sind in diesem Strang der Literatur einerseits die grundsätzlichen politisch-ideologischen Haltungen der Bürgerinnen und Bürger, andererseits die Positionierung der politischen Parteien und Verbände in der nationalen Arena maßgeblich (Hooghe und Marks 2008). Die konkrete europäische Politik wird damit am Maßstab der eigenen ideologischen Grundorientierung gemessen – dabei kann zunächst offen bleiben, ob dabei sozioökonomische oder kulturelle Faktoren eine dominante Rolle spielen.

Wenngleich die Quellen der Euroskepsis in den vergangenen Jahren eine starke Aufmerksamkeit der Integrationsforschung gefunden haben, ist die Frage der *Kausalität* der Einstellungen weiterhin offen. Das gilt umso mehr, als die empirische Forschung typischerweise mit Makrodaten argumentiert und mehr oder minder aussagekräftige Wahrscheinlichkeiten für einzelne Variablen berechnet, dabei die in der Wirklichkeit wohl vorherrschenden „mixed motives“ der Bürgerinnen und Bürger, d. h. die wechselseitige Ergänzung einzelner Motive, aber nur unzureichend erfassen kann (Gaxie 2011, S. 23 f.). Ebenso problematisch ist zudem, dass

der dynamische Charakter der EU zwar sozialwissenschaftliches Allgemeingut ist, sich dieser Faktor in den Untersuchungsdesigns aber kaum wiederfindet. Die Zustimmungswerte der 1980er Jahre bezogen sich beispielsweise auf eine EG, die in ihrer Mitgliedschaft, ihrem Politikmodell, den integrationspolitischen Schwerpunkten und (nicht zuletzt) den allgemeinen politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen einen grundlegend anderen Zuschnitt aufwies als die EU des Jahres 2014. Insofern täte die Forschung gut daran, eine „Integrationsvariable“ in ihre Überlegungen einzubeziehen.

4 Mitgliedschaft und Nutzen: Langzeittrends

Die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zu den Einstellungen der Bevölkerungen zur europäischen Integration stützen sich überwiegend auf Daten des „Eurobarometer“, mit dem seit Anfang der 1970er Jahre im Auftrag der Europäischen Kommission die öffentliche Meinung in den Mitgliedstaaten gemessen wird. „Eurobarometer“ bietet den großen Vorteil, dass einzelne Fragen über einen langen Zeitraum hinweg regelmäßig gestellt worden sind, die Analyse mithin nicht auf punktuelle Erhebungen angewiesen ist, sondern längerfristige Trends erfassen kann. Im Folgenden sollen einige ausgewählte Ergebnisse des „Eurobarometer“ vorgestellt werden, wobei ein Schwergewicht auf den Daten zur Bundesrepublik Deutschland liegt. Diese konnte traditionell nicht gemeint sein, wenn von Euroskepsis die Rede war (Busch und Knelangen 2004). Seit den Anfängen der europäischen Einigung herrschte vielmehr zwischen öffentlicher Meinung, gesellschaftlichen Eliten und politischen Parteien in Deutschland ein integrationsfreundlicher Gleichklang, der über Jahrzehnte stabil blieb und als „*model for European support*“ gewürdigt worden ist (Knodt und Staeck 1999, S. 4).

Die politischen und ökonomischen Eliten konnten sich in (West-)Deutschland lange auf ein stabiles Fundament der öffentlichen Unterstützung ihrer integrationsfreundlichen Europapolitik stützen. Das lässt sich auch an den Antworten auf die Frage erkennen, ob die Mitgliedschaft des eigenen Landes eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder eine gute noch eine schlechte Sache sei. In der Forschung wird diese „Mitgliedschafts-Frage“ häufig als Indikator für die generelle (bzw. diffuse) Unterstützung des Integrationsprozesses angesehen (Niedermayer 1995, S. 54). Bis Mitte der 1980er Jahre antworteten etwa 60 % der befragten Deutschen – und damit ein größerer Anteil als der damalige EG-Durchschnitt –, dass sie die Mitgliedschaft für eine gute Sache hielten. Danach sank die Zustimmung in die Nähe des Durchschnitts oder fiel darunter. Wie sich das Meinungsbild seit 1985 entwickelt hat, wird in Abb. 1 dargestellt. Um eine bessere Vergleichbarkeit

Mitgliedschaft - eine gute Sache ?

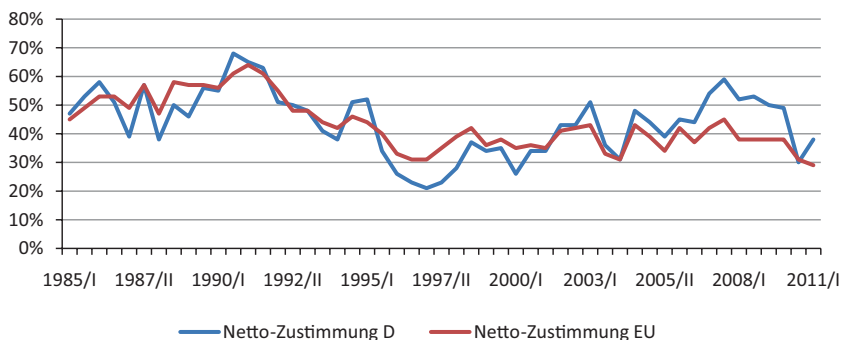


Abb. 1 Antworten auf die Frage: „Ist die Mitgliedschaft Ihres Landes in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache?“, hier ausgewiesen als Netto-Zustimmung (Anteil „gute Sache“ minus Anteil „schlechte Sache“) für Deutschland und für den EU-Durchschnitt. (Quelle: *Eurobarometer Interactive Search System*)

der Daten im Zeitverlauf zu erhalten, wird dabei die Netto-Zustimmung ausgewiesen. Die Daten zum EU-Durchschnitt geben hier und im Folgenden jeweils den gewichteten Durchschnitt der Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt der Befragung an.

Nach einem „Allzeithoch“ um das Jahr 1990 lässt sich in der gesamten EU eine deutliche Abnahme der Zustimmung erkennen, in Deutschland brechen die Werte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre sogar regelrecht ein. Dieser Trend ist in der Literatur als zentraler Indikator der „Post-Maastricht-Krise“ herausgestellt worden (Deppe 2001; Eichenberg und Dalton 2007). „Maastricht“ symbolisierte einen Höhepunkt des Integrationsprozesses, zugleich aber einen Gestaltwandel von einer ökonomischen zu einer (auch) politischen Union. Angesichts der wachsenden Konkurrenz der Volkswirtschaften nahm bei den Bevölkerungen die Sorge über die Sicherheit von Arbeitsplätzen und sozialen Standards zu. Voraussetzung für die Schaffung der Währungsunion war überdies die Einhaltung strenger fiskalpolitischer Regeln, die den sozialpolitischen Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten einengten. Zudem nährten die Referenden in Dänemark und Frankreich eine bis dahin nicht gekannte Debatte über die demokratische Qualität der EU-Politik, die bis heute anhält.

Nach der Jahrtausendwende erholen sich die Werte der „Mitgliedschaftsfrage“ zwar wieder und die Zustimmungsraten der Deutschen steigen wieder über den EU-Durchschnitt. Nach den jüngsten Zahlen, die im Mai 2011 erhoben worden sind, ist die Netto-Zustimmung der Deutschen mit 38 % aber auf vergleichsweise geringem Niveau und erreicht die Werte der frühen 1990er Jahre bei weitem nicht

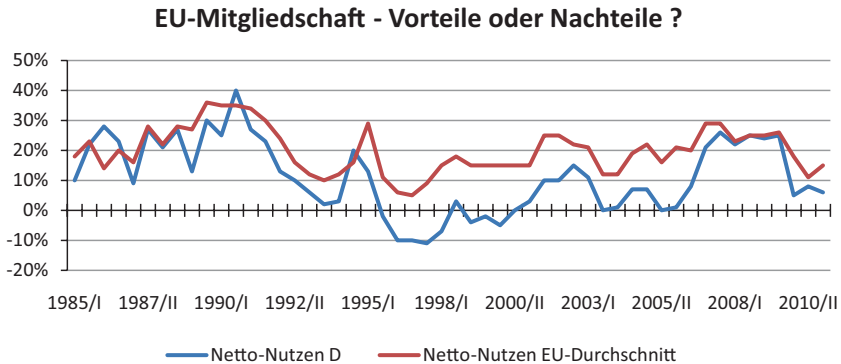


Abb. 2 Antworten auf die Frage: „Hat Ihrer Meinung Ihr Land insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft Vorteile, oder ist das nicht der Fall?“, hier ausgewiesen als Netto-Nutzen (Anteil „Vorteile“ minus Anteil „keine Vorteile“) für Deutschland und für den EU-Durchschnitt. (Quelle: *Eurobarometer Interactive Search System*)

mehr. Das gilt auch für den EU-Durchschnitt, der sich mit 29 % Netto-Zustimmung im Mai 2011 auf einem vorher nicht gemessenen Tiefstand befindet. Besonders hohe Werte finden sich für Luxemburg (59), die Niederlande (56), Belgien (54) und Irland (51), aber auch für Rumänien (46) und Polen (43). Ungefähr auf dem deutschen Niveau liegen die Werte für Estland (40), Schweden und Dänemark (je 39) sowie Bulgarien und Spanien (je 38). Die beiden Gründungsmitglieder Italien (24) und Frankreich (27) liegen noch unter den deutschen Zahlen. Am Ende der Skala rangieren Tschechien, Österreich und Zypern (je 12), Ungarn (10) Griechenland (5), Lettland (4) und Großbritannien (–6) (zu den Zahlen sämtlich Europäische Kommission 2011, S. 37).

Ein etwas anderes Bild zeigt sich, wenn nach den wahrgenommenen Vor- und Nachteilen und damit nach dem Nutzen der Mitgliedschaft des eigenen Landes gefragt wird. In Abb. 2 sind die Antworten wiederum als Nettowerte dargestellt. Nach einem Höhepunkt um 1990 sinkt die Nutzenwahrnehmung während der 1990er Jahre, zieht dann zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder leicht an, um zuletzt – auch hier sind zuletzt Daten aus dem Mai 2011 veröffentlicht worden – wieder deutlich zu sinken. Aufschlussreich sind hier die Werte für Deutschland, denn die Bevölkerung ist hinsichtlich der Vorteile der Mitgliedschaft fast durchgehend kritischer als der EU-Durchschnitt. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre rutscht der Netto-Nutzen sogar mehrfach ins Negative, d. h. die Mehrheit der Deutschen hat mehr Nachteile als Vorteile in der Mitgliedschaft gesehen. Zuletzt hat sich das Meinungsbild zwar wieder etwas entspannt, aber der deutsche Wert bleibt weiterhin unter dem europäischen Durchschnitt. Für die letzten veröffentlichten Zah-

Tab. 1 Antworten auf die Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie diesen Institutionen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. Wie ist es mit der Europäischen Union?“, hier ausgewiesen als Netto-Werte (Anteil „eher vertrauen“ minus Anteil „eher nicht vertrauen“) für Deutschland und für den EU-Durchschnitt. (Quelle: *Eurobarometer Interactive Search System*)

	EB 67 (2007)	EB 69 (2008)	EB 71 (2009)	EB 73 (2010)	EB 75 (2011)	EB 77 (2012)	EB 79 (2013)
EU-Durchschnitt	+25	+14	+6	-5	-6	-29	-29
Deutschland	+18	-1	+2	-17	-20	-31	-32

len (Mai 2011) ergibt sich im EU-Durchschnitt ein Wert von +15%, während für Deutschland nur ein Nettowert von +6% zu Buche steht. Niedrigere Nettowerte finden sich lediglich in Italien (+2), Zypern (+2), Lettland (0), Österreich (-2) Griechenland (-3), Ungarn (-9) und Großbritannien (-19). Besonders hohe Nettowerte zum Nutzen der Mitgliedschaft finden sich in Irland (+66), Luxemburg (+53), Niederlande (+51), Polen (+55) und der Slowakei (+50) (Europäische Kommission 2011, S. 38).

5 Bilanz und Ausblick: Vertrauenskrise?

Mit dem Eintritt der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Eurokrise sind für die Mitgliedschafts- und die Nutzenfragen vorher nicht gekannte Tiefstände erreicht worden. Nach der Umfrage vom Mai 2011 sind von „Eurobarometer“ allerdings keine neuen Daten zu diesen Fragen mehr veröffentlicht worden. Dass die Werte danach weiter gefallen sind, kann zwar nicht mit letzter Sicherheit belegt werden. Bezieht man in die Überlegungen aber weitere Fragen ein, die „Eurobarometer“ regelmäßig stellt, dann ergibt sich ein insgesamt eindeutiges Bild: Die EU befindet sich in einer Vertrauenskrise. Die Bürgerinnen und Bürger stehen dem Integrationsprojekt mit einem Ausmaß an Skepsis gegenüber, das in Umfragen zuvor nicht gemessen wurde. Auf die Frage, ob sie der EU vertrauen, waren im europäischen Durchschnitt beispielsweise bis 2009 jene Befragten in der Mehrheit, die der Union „eher vertrauen“. Seitdem gibt die Mehrheit regelmäßig an, der EU „eher nicht zu vertrauen“ (siehe Tab. 1). Im Frühjahr 2013 antworteten nur 31% der Bürgerinnen und Bürger, der EU eher zu vertrauen, 60% aber gaben an, der EU eher nicht zu vertrauen. In der Bundesrepublik befanden sich die Werte etwa auf durchschnittlichem Niveau (29/61). Außerordentlich stark sind die Einbrüche hingegen in jenen Staaten, die sich unter dem Euro-Rettungsschirm befinden, so etwa

Die Europäische Union erfolgreich vermitteln
Perspektiven der politischen EU-Bildung heute

Oberle, M. (Hrsg.)

2015, X, 261 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-06816-5